

Regierungsratsbeschluss

vom 15. November 2005

Nr. 2005/2325

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeolG) Schreiben an das Bundesamt für Landestopografie

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 29. Juni 2005 gelangt das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport an die Kantonsregierungen und ersucht diese zur Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Bundesgesetz über Geoinformation. Die Stellungnahmen sind an das Bundesamt für Landestopografie zu richten. Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich der Rechtsdienst Justiz des Bau- und Justizdepartementes, das Amt für Raumplanung, das Amt für Umwelt, das Amt für Geoinformation, das Amtschreiberei-Inspektorat sowie der Beauftragte für Information und Datenschutz zum Gesetzesentwurf geäußert.

2. Beschluss

Die Stellungnahme zum neuen Bundesgesetz über Geoinformation wird auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes beraten und beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Landestopografie

Verteiler

Regierungsrat (6)

Bau- und Justizdepartement

Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst Justiz

Amt für Raumplanung

Amt für Umwelt

Amt für Geoinformation

Amtschreiberei-Inspektorat

Beauftragter für Information und Datenschutz

Strategisches GIS-Gremium (12, Versand durch das Amt für Geoinformation)

Ratsleitung

Medien (jae)